D 2442 F

EXTRA

FRANKFURTER STUDENTENZEITUNG

OKTOBER 1967 · 20 Pf

BLATT

DISKUS

Iranische ‚Freiheit'

VON BERTRAND RUSSELL

Werden die USA am Tage des nationalen Aufstandes die iranische „Freiheit" ebenso schützen wie in Vietnam? Das heißt, werden sie versuchen, die Empörung mit einem ungeheuren Aufwand an Menschenmaterial zu unterdrükken? Die Antwort auf diese Frage hängt von unserer Fähigkeit ab, den Völkern Amerikas und des Westens die Wahrheit über die freie Welt und den kalten Krieg nahezubringen.

Ich möchte hier den Iran als Beispiel für das anführen, was der Westen unter „freier Welt" versteht. Das Ergebnis wird meiner Überzeugung nach sein, daß weder Freiheit noch soziale Wohlfahrt diese Regierungen auszeichnet, die Mitglieder der freien Welt sind. Ich hoffe, die Brüder des Westens mögen sich von jetzt ab fragen, warum ihre Steuergelder und ihre Truppen dazu hergegeben wurden, in der ganzen Welt Tyrannei und Korruption zu unterstützen. Solche Überlegungen werden uns vielleicht schneller dem Tage näherbringen, da der industriell-militärische Komplex offen zutage liegt und der kalte Krieg beendet sein wird.

Die iranische Armee besteht aus 200 000 Mann und dient dem Schah Mohammed Reza. Es heißt, die Armee sei dazu bestimmt, den Iran gegen auswärtige Angriffe zu schützen. Durch Manöver der im persischen Golf stationierten US-Einheiten wird die iranische Armee unterstützt. Daneben existiert eine starke Polizeimacht und eine Geheimpolizei, die über 60 000 Mann zählt.

Die wahre Aufgabe dieser enormen Anzahl bewaffneter Männer ist der Schutz der amerikanischen und britischen Ölraffinerien und -leitungen.

Die CIA (Central Intelligence Agency) spielt hinter den Kulissen eine bedeutsame Rolle. Zu dieser Rolle hat sie sich ja auch im Falle der Amtsentsetzung Dr. Mossadeghs, der die iranische Ölindustrie nationalisiert hatte, voller Stolz bekannt.

Der Schah nimmt jährlich 400 Millionen US-Dollar aus den Oil Royalities ein. Dazu erhält er von den USA noch jährlich eine Summe von 80 Millionen US-Dollar. Trotz dieses bedeutenden Einkommens der Ölindustrie und den Hilfsgeldern allein liegt die Lebenserwartung im Iran bei weniger als dreißig Jahren, und die Sterblichkeitsquote der Neugeborenen beträgt 50 Prozent. 85 Prozent der Bevölkerung sind Analphabeten. Die Unterdrückung manifestiert sich in der totalen Kontrolle der Presse und des Parlaments.

Universitätsstudenten werden in ihren Hörsälen erschlagen und Mitglieder der politischen Opposi-

Fortsetzung Seite 2

Sechs Fragen an Bonn

Warum haben die politischen Instanzen der Bundesrepublik nichts gegen den persischen Attaché in Berlin, Ghazi, unternommen? Ghazi hat einen notorischen Messerstecher mit Geld versorgt. Das ehemalige SAVAK-Mitglied sollte den in Berlin lebenden oppositionellen Wissenschaftler Bahman Nirumand ermorden. Wenige Wochen vor dem Schahbesuch. Der Täter hat Ghazi schwer belastet. Nach seinen Angaben auch vor Gericht in Berlin. Die „Frankfurter Rundschau" und die „Abendzeitung" haben diese Anschuldigungen veröffentlicht. Nichts geschah. Ghazi verzichtete auf ein Dementi. Er nahm die Anschuldigungen unwidersprochen hin. Ghazi ist immer noch in der Bundesrepublik akkreditierter Diplomat. Warum?

•

Warum hat der Bundestag noch keine Untersuchung der SAVAK-Aktivitäten eingeleitet? Der Bundestagsabgeordnete Kahn-Ackermann behauptet, die leitenden Beamten der iranischen Konsulatsdienstes seien fast durchweg Offiziere des persischen Staatssicherheitsdienstes SAVAK. Den Spitzeln obliege die politische Überwachung der iranischen Staatsangehörigen in der Bundesrepublik. Diese Tätigkeit steht nicht mit dem diplomatischen Status in Einklang. Der Menschenraub des südkoreanischen Geheimdienstes konnte nicht verhindert werden. Warum beugt man solchem Versagen nicht vor?

•

Warum dürfen bundesrepublikanische Politiker und Behörden im Namen der Bevölkerung immer noch behaupten, der Schah sei ein Freund unseres Landes? Warum dürfen bundesrepublikanische Politiker und Behörden der Bevölkerung immer noch pauschal unterstellen, sie sei einem Gewaltherrscher traditionell verbunden?

•

Warum wird in verschiedenen Ländern der Bundesrepublik immer noch gegen „Schahbeleidiger" ermittelt, obwohl laut Justizminister Dr. Heinemann kein Antrag auf Strafverfolgung vorliegt? Warum erklärt der Minister nicht eindeutig, daß er die Ermächtigung zur Strafverfolgung der „Schahbeleidiger" nicht erteilen wird? Warum muß statt dessen der Minister Lücke beim Pfauenthron um Verständnis und Nachsicht betteln?

•

Warum sorgt der Justizminister nicht für eindeutige Erlasse und Verordnungen, die eine demokratische Anwendung der Ausländergesetze sicherstellen? Warum wird durch Unterlassung den Behörden Vorschub zum Verfassungsbruch geleistet? Verschiedentlich wurden Ausländern Auflagen gemacht, die grundgesetzwidrig sind.

•

Warum liefert die Bundesrepublik Waffen an ein Regime, das diese nicht zur Abwehr feindlicher Angriffe von außen verwendet, sondern im Kampf gegen die eigene Bevölkerung einsetzt. In Südpersien herrscht seit fünf Jahren ein bürgerkriegsartiger Zustand. Mit Waffenlieferungen greift die Bundesrepublik in die inneren Angelegenheiten Persiens ein. Die Waffen aus der Bundesrepublik helfen dem Diktator, die verzweifelten Befreiungsanstrengungen der Bauern brutal zu zerschlagen. Warum liefert die Bundesrepublik immer noch Waffen?

Lemke, Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, sagte zum Schah: „Die Situation des Landes, das sie regieren, und die Situation unseres Landes trägt manche verwandten Züge . . ."

Dank für Spitzeldienst und Schah-Liebe

سرپرستی دانشجویان ایرانی

در آلمان غربی

Kaiserlich Iranische Botschaft
Kulturabteilung - Studentenbetreuung
Köln, Ebertplatz 9 - Telefon: 721823

Die Kaiserlich Iranische Botschaft in Köln ist nicht immer so harmlos wie seine klassische Musik und Deutschtum verehrende Excellenz, der Botschafter, es gern beteuert. Die Feststellung des Bundestagsabgeordneten Kahn-Ackermann, die persischen konsularischen Beamten in der Bundesrepublik seien zum großen Teil Offiziere des Geheimdienstes SAVAK, entspricht den Tatsachen. Manche heimliche Nachricht, die aus der Botschaft dringt, läßt auf zweifelhafte hoheitsstaatliche Maßnahmen schließen. Da gibt es Denkzettel, daß gegen die Ehe des Herrn X mit Fräulein Y „von uns nichts einzuwenden" ist, oder daß der Student X nicht ordentlich studiere und ihm deshalb der Paß zu entziehen sei usw. Aber auch Briefe wie der folgende (das Original liegt der Redaktion vor) kommen aus akkreditierten Kreisen.

„Mein sehr verehrter Kollege, seien Sie gegrüßt! Ich bin außerordentlich erfreut, daß Sie aus Liebe zum Heimatland und zum Schah bereit sind, mit uns zusammenzuarbeiten, und bedanke mich für das Bild, das Sie uns schickten. Wir werden Ihnen in Kürze die SAVAK-Ausweiskarte übersenden. Bei dieser Gelegenheit möchten wir Ihnen auch für die Informationen danken, die Sie uns über die Studentenvereinigung in (...) gegeben haben. Wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie uns auch künftig über Ereignisse bei den iranischen Studenten in (...) so weit wie möglich berichten würden. Wir sind Ihnen für Ihre Zusammenarbeit mit der iranischen Sicherheitsorganisation sehr verbunden und sehen Ihren weiteren Nachrichten gern entgegen. — Stellvertreter der Organisation (...)."

Verfassungsbruch

In der demokratischen Bundesrepublik Ausländer zu sein, ist eine riskante Sache:

Vom Südkoreanischen Geheimdienst CIA verschleppt wurden in der zweiten Junihälfte 17 Koreaner. Einer konnte sich dem Zugriff durch Flucht entziehen.

Auf Anweisung des Sozialrats Flokos überwachen seit dem Militärputsch in Athen die griechischen Arbeiterkommissionen bei den deutschen Arbeitsämtern die Gastarbeiter. Festgestellt werden soll ihre „politische Zuverlässigkeit".

Die Botschaft der Republik Indonesien zwang ihre in der BRD lebenden Landsleute zu einem „screening". Auf einem vielseitigen Fragebogen mußten sie ihre Weltanschauung offenbaren und Bekannte denunzieren. (Bei Weigerung: Paßentzug.) Ziel des „screenings": Wie in Indonesien, wo über 800 000 politisch ungenehme Menschen ermordet wurden, auch hier „den Körper des Staatsapparates zu säubern" und „politisch Andersdenkende zu zerschmettern".

Wiederholt wurden spanische Gastarbeiter von spanischen „Verbindungsleuten" zur Heimreise gepreßt. Dort warteten Haftbefehle und Prozesse.

Persische Staatsbürger werden seit Jahren in der BRD vom Geheimdienst SAVAK beschattet, ihre Angehörigen in Persien bedroht. Die Botschaft entzieht willkürlich Pässe. Konsularische Angestellte zahlten Geld an notorische Messerstecher, damit ein unbequemer Iraner umgebracht werde. Entlohnte Prügelkommandos schlugen vor den Augen der Polizei Studenten zusammen, die gegen einen Gewaltherrscher demonstrierten.

Was ist dies für ein Land, das zum Tummelplatz der Geheimdienste undemokratischer und faschistischer Regime wurde? Was ist das für ein Land, das seinen Gästen so wenig wirksamen Schutz gewährt, daß sie auf die Wahrnehmung der verbrieften Grund- und Menschenrechte verzichten müssen, wenn sie sich nicht in Lebensgefahr bringen wollen?

Für seine Gäste hat die Bundesrepublik — wie behauptet wird — „sehr liberale" Ausländergesetze erfunden. Praktisch arbeiten aber die meisten Verfügungen, die sich auf diese Gesetze berufen, den terroristischen Machenschaften der Geheimdienste in die Hände.

„Straßen einer deutschen Stadt sind nicht das geeignete Forum", um auf Probleme aufmerksam zu machen. Geld für humanitäre Zwecke darf nicht gesammelt werden. Bittbriefe an den Innenminister werden als Einmischung ausgelegt. Ausländer werden, ohne daß sie sich in irgendeiner Weise etwas zuschulden kommen ließen, unter Stadtarrest gestellt oder auf eigene Kosten zwangsevakuiert. Auf Zuwiderhandlung erfolgt Ausweisung. Manchmal wird nicht einmal politisches Asyl gewährt. Verschiedentlich fehlt auf den sogenannten Ordnungsverfügungen die Rechtsbelehrung. Ein Landrat sagt: „Die können froh sein, daß

Fortsetzung Seite 2

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

Iranische ‚Freiheit'

Fortsetzung von Seite 1

tion sind gefoltert worden. Jeder gewöhnliche Iraner kann verhaftet und geschlagen werden, ohne daß es hierzu eines amtlichen Befehles bedürfte.

Diese Seite des iranischen Alltages wird höchst selten in der westlichen Presse erörtert. Der Schah zahlt Werbe- und Public-Relations-Firmen große Summen. Er wird als fortschrittlicher Monarch vorgestellt, der, weil er den Versuch unternimmt, Reformen durchzuführen, auf Widerstand stößt. Eine Überprüfung des iranischen Haushaltes enthüllt jedoch, daß im Gegensatz zu diesen seinen Bemühungen 12 Milliarden Rial (mehr als 600 Millionen DM) für die Armee und 1 Milliarde Rial (mehr als 50 Millionen DM) für das Gesundheitsministerium ausgegeben werden. Sechs Zehntel einer Milliarde Rial (etwas mehr als 30 Millionen DM) werden den Universitäten zugebilligt. Bevor jedoch die letzten beiden Posten ihrer nominalen Bestimmung zugeführt werden, verschwindet noch vieles in den Taschen der Beamten.

Ich möchte hier das so viel gerühmte Bodenreformprogramm streifen und an dieser Stelle nur erwähnen, daß auch nicht ein Stückchen Land verschenkt worden ist und daß 60 Prozent aller Bauern nicht ein Stück Erde ihr eigen nennen. Man sagt, der Schah besitze 3,7 Millionen acres (1,49 Millionen ha), davon gehören 3 Millionen acres seinem heranwachsenden Erben. Dem Schah werden in den USA Ehrentitel verliehen, und der FBI (Federal Bureau of Investigation) hat den in den USA lebenden Oppositionsmitgliedern einen offiziellen Besuch abgestattet.

Das 400-Millionen-US-Dollar-Einkommen aus der Ölindustrie wird ganz und gar von der militärischen Elite des Landes aufgesogen. Auch die einkommenden Steuern, der Gewinn aus den Landverkäufen an die Bauern und die Gelder zu den verschiedenen potemkinschen Entwicklungsprojekten werden von ihnen geschluckt, ebenso wie Bestechungsgelder für gewährte Protektion und Gefälligkeiten. Die „Newsweek" machte in ihrer Ausgabe vom 16. April 1962 eine interessante Rechnung zu diesen Vorgängen auf: 85 Prozent der Bevölkerung leben von einem durchschnittlichen Jahreseinkommen von 294 DM.

Die Staatskasse ist überdies dauernd bankrott. Das rührt daher, daß die Summe der auf ausländische Banken — bei denen der Schah zahlreiche Konten führt — eingezahlten Gelder sehr hoch sind. Gelder, die nicht auf diese Weise verschwinden, werden zum Ankauf für die Bedürfnisse der aristokratischen Grundbesitzer, der Militäroffiziere und der Militärpolizei gebraucht. Diese Gruppe stellt im Mittleren Osten in ihrer Art eine Großmacht dar. Überdies werden noch 60 000 Geheimpolizisten dazu benutzt, die Gebildeten und die Stammesfürsten zu bespitzeln. Selbst die Familien dieser Leute haben keine Ahnung von deren Stellung in der Geheimpolizei.

Sechs Millionen US-Dollar gibt der Schah jährlich dafür aus, daß die Firmen Kaston, Hilton, Chesley, Cliffort und Atherton seine Wohltaten bekannt machen. Zu seiner Verteidigung werden Bücher bestellt, wie etwa das Buch von A. Banani „Die Modernisierung des Iran". Michael Parrish hat herausgefunden, daß dieses Buch einen amerikanischen Pressemann (Donald Wilhelm) zum Ghostwriter hat.

Werden die USA am Tage des nationalen Aufstandes die iranische „Freiheit" ebenso schützen wie in Vietnam?

RECHNUNG Ihre Bestellung vom Ihre Auftrags-Nr. Tag 18.5.65 Ki

Wir erhielten vom Iranischen Konsulat, München, Höhlstraße 35, Frau Dr. Pirajesch den Auftrag, den Demonstrations-Umzug der Studenten von der Universität bis zum Alten Bot. Garten und die Kundgebung zu fotografieren. Vor allem wollte sie einzelne Personen aufgenommen haben.		
Auf Wunsch des Iranischen Studentenvereins haben wir sämtliche Negative vernichtet.		
Unkostenersatz hierfür	DM	50.—

Für weitere diesbezügliche Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Werbeagentur
BAYERISCHE BILD GMBH
8 München 13, Elisabethstr. 25
Ant. Kirner

SPITZELDIENSTE FÜR DEN GEHEIMDIENST SAVAK leisten manchmal Personen, die es gar nicht wissen. Die Bayerische Bild GmbH allerdings merkte im letzten Augenblick noch, wozu sie mißbraucht werden sollte. Diesmal mußte das Konsulat und der SAVAK auf „wertvolles Material" verzichten.

Mit freundlicher Hilfe deutscher Behörden

„Ihr Antrag muß leider abgelehnt werden.... Durch staatliche Genehmigung der von Ihnen geplanten Sammlung würden die freundschaftlichen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zum Iran erheblich belastet werden, weil dann deutsche Behörden zumindest indirekt in die Beantwortung der politischen Frage hineingezogen werden, ob Strafprozesse im Iran rechtsstaatlichen Anforderungen genügen. Einer solchen Belastung muß aber vorgebeugt werden."
Dies ist die zynische Begründung des Innenministers von Schleswig-Holstein, mit der er im Januar 1966 eine Geldsammlung der Konföderation Iranischer Studenten untersagte. Der Sammelerlös sollte dazu dienen, die Unkosten einer internationalen Beobachterdelegation und die Bezahlung eines Verteidigers für Strafprozesse im Iran zu decken. Der Frankfurter Polizeipräsident, ein Mann der zupackenden Praxis, ließ es 1963 in dem Verbot eines Schweigemarsches persischer Studenten anders formulieren: „... die Straßen einer deutschen Stadt sind meines Erachtens nicht das geeignete Forum, auf Probleme Ihres Landes aufmerksam zu machen." Und weiter: „Die öffentliche Sicherheit und Ordnung sind insofern gefährdet, als die Bundesregierung Deutschland zu dem Iran diplomatische und freundschaftliche Beziehungen unterhält."
Dem Text einer Strafanzeige der Münchner Kriminalpolizei (politische Abteilung) gegen persische Studenten aus dem Jahr 1962 ist sogar zu entnehmen, daß die oppositionelle Haltung gegen die iranische Scheindemokratie der Opposition gegen die bundesrepublikanische Regierung gleichkommt: „Indirekt, besonders aber im Hinblick auf die guten diplomatischen Beziehungen der BRD zur persischen Regierung, steht das Verhalten dieser Studenten in einem Gegensatz zur westdeutschen Regierung."
Im Widerspruchsbescheid der Landeshauptstadt München vom 10. Januar 1963 auf den Widerspruch gegen Aufenthaltsverbot mit der Anordnung der sofortigen Vollziehung findet sich folgende Passage.
„... Zum anderen würde das freundschaftliche Verhältnis der BRD zum Kaiserreich Iran auf das schwerste belastet, wenn die Bundesrepublik es dulden würde, das sich mit dem derzeitigen Regime nicht einverstandene iranische Staatsbürger hier in der Bundesrepublik Deutschland zusammentun, um dieses Regime durch Gewalt zu beseitigen. Die Bundesrepublik würde im gesamten westlichen Machtbereich, mit dem sie politisch und militärisch aufs engste verknüpft ist, unglaubwürdig. (...) Politisch so extreme Charaktere bedeuten immer eine Gefahr. ... Der Betroffene kann auch nicht Asyl nach Art. 16 GG beanspruchen, denn es ist ein Anliegen des Grundgesetzes, denjenigen Asyl zu gewähren, die wegen ihrer freiheitlichen demokratischen Gesinnung politisch verfolgt werden, nicht aber denen, deren politisches Verhalten im Gegensatz zu der demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik steht."
Viel Arbeit bleibt dem verlängerten Arm des Kaisers, dem SAVAK, erspart.

Moral: Wer nicht hören will, muß fühlen

Herr Khonsari ist Perser. Er gehört der kleinen Gruppe gutbezahlter Männer in Teheran an. Er ist Staatssekretär im Außenministerium. Vor einigen Jahren noch befehligte er in England (im Dienst der SAVAK oder aus Eigeninitiative?) eine Schläger-Gang, die auch bei Gericht aktenkundig wurde. Welche Anweisungen gab Khonsari „seinen Leuten", die — laut Staatsanwalt — zur Ausbildung in England stationierte iranische Luftwaffenangehörige waren? Er schickte sie zu oppositionellen persischen Studenten. Er ließ Prügel austeilen: Einschüchterung.
Nun vor und während des Schahbesuchs — tauchte Herr Khonsari in der Bundesrepublik auf. Er hatte etwas zu besprechen mit den „Jubelpersern", von denen ein Teil Flugtickets der in England ansässigen iranischen Ölgesellschaft N.I.O.C. in der Tasche hatte. Die anreisenden „Jubelperser" sollten sich in der Kölner Botschaft melden. Welche Anweisungen gab Khonsari diesmal „seinen Leuten"? Auf dem nebenstehenden Bild hält er (links im Vordergrund) Ausschau. Nach dem Schah? Die „Welt" schrieb darunter: „Sympathiekundgebung für das Herrscherpaar in Hamburg".

Verfassungsbruch

Fortsetzung von Seite 1

sie hier untergekommen sind." Also: Klappe halten und froh sein.

Was ist dies für eine Demokratie, die sich Tatsachenbehauptungen offiziell verbittet, nur weil sonst „deutsche Behörden zumindest indirekt in die Beantwortung der politischen Frage hineingezogen werden". Die Unterdrückung der Meinungsäußerung und -bildung aber ist auch eine politische Antwort; eine demokratische allerdings nicht.

Dem Vorsitzenden der Konföderation Iranischer Studenten, Hassan Massali, wurde per Verfügung jedwede politische Tätigkeit verboten, die die Interessen der Bundesrepublik stören könnten. In einer Verfügung des Offenbacher Landrats vom August dieses Jahres werden sogar Interviews, die Massali Journalisten des Norddeutschen Rundfunks und verschiedener Zeitungen gab, als solche Störung gewertet. Nicht geprüft wird, ob Massali Wahrheiten oder Unwahrheiten über das iranische Regime verbreitet. Allein daß er etwas gegen den Schah äußert, soll im Sinne eines schwammigen Begriffs, nämlich „Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung", verboten sein. Der Interpretationsspielraum des Ausländergesetzes wird bislang dazu benutzt, oppositionelle Ausländer, die die faschistischen Regimes ihrer Heimatländer kritisieren, mundtot zu machen, während Geheimdienste derselben Länder und faschistische Exilgruppen „arbeiten", bis ihre Tätigkeit bei Entführungen, Mord- und Bombenanschlägen sich der Öffentlichkeit nicht mehr verheimlichen läßt. Die iranische Militärmission in Köln zum Beispiel (Bonner Straße 120) fungiert, wie zuverlässig berichtet wird, als Zentrale des iranischen Geheimdienstes SAVAK für Westeuropa. Der Verdacht liegt nahe, daß der alte Satz Otto Meyers „Verfassungsrecht vergeht, Verwaltungsrecht besteht" immer noch triumphiert und der Willkür reaktionärer Verwaltungsbeamter Vorschub leistet. Mit den geltenden Grundregeln verträgt sich die Praxis nicht:

Art. 5 der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und der Grundfreiheiten: „Jedermann hat ein Recht auf Freiheit und Sicherheit ..."

Art. 13 der von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verkündeten Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte: „Jeder Mensch hat das Recht auf Freizügigkeit und freie Wahl seines Wohnsitzes innerhalb eines Staates."

Art. 1 des deutsch-persischen Niederlassungsabkommens: „Sie (jeweils die Angehörigen des Partnerstaates) genießen dort den ständigen Schutz der Landesgesetze und -behörden für ihre Person und für ihre Güter, Rechte und Interessen. (...) In allen diesen Angelegenheiten genießen sie eine Behandlung, die nicht weniger günstig ist als die den Angehörigen des meistbegünstigten Staates gewährte Behandlung."

Art. 2 des Grundgesetzes: „Freiheit der Person".

Art. 5 des Grundgesetzes: „Freiheit der Meinungsäußerung".

Wenn das Ausländergesetz so angewandt wird, daß es kollaboriert mit den verbrecherischen Rechtsauffassungen „befreundeter" Diktaturen und damit die Grundrechte aushöhlt, dann machen sich zum Beispiel alle in Hessen lebenden Staatsbürger strafbar, wenn sie die durch Artikel 147 der Hessischen Verfassung auferlegten Pflichten nicht wahrnehmen: „Widerstand gegen verfassungswidrig ausgeübte öffentliche Gewalt ist jedermanns Recht und Pflicht."

Bernhard Schütze

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

foto: jan röwer